



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Kommunen nicht im Regen stehen lassen – Preissteigerung bei Bauprojekten abfedern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bestehenden finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten für Kommunen, die von den Preissteigerungen im Bausektor betroffen sind, in einem Gesamtkonzept aufzuzeigen.

Begründung:

Seit Jahresbeginn 2021 steigen die Preise für Bauleistungen kontinuierlich. So stieg beispielsweise der Baupreisindex für den Neubau eines Büro- oder gewerblichen Betriebsgebäudes im ersten Quartal 2022 um 15,3 Prozent im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 2021. Dies liegt unter anderem an der Preisentwicklung bei Baumaterialien. Hinzu kommen Lieferverzögerungen.

Diese Preisexplosionen treffen neben den Bürgern gerade auch die Kommunen, in deren Aufgabenbereich die Schaffung und Erhaltung vieler Bereiche der Infrastruktur fällt. Das bedeutet, dass sich einerseits bereits begonnene kommunale Bauprojekte nicht unerheblich verzögern, sodass insbesondere die Gemeindebürger Beeinträchtigungen unterliegen, und dass andererseits die tatsächlich entstehenden Kosten den kalkulierten Kostenrahmen nicht nur unerheblich übersteigen. Je nach Leistungs- bzw. Liefervertrag bringt das die betroffenen Kommunen in finanzielle Not.

Die zusätzlich benötigten Finanzmittel müssen die Kommunen an anderer Stelle einsparen, wenn das Bauprojekt abgeschlossen werden soll. Das wird vielen Kommunen vor dem Hintergrund der coronabedingten Minder- und krisenbedingten Mehrausgaben schwerfallen.